

Niederschrift

RAT/IX/29

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 29.06.2017 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ratsmitglieder

Böwing, Anna-Lena
Branse, Martin
Deitert, Frederik
Eimers, Alfred
Espelkott, Tobias
Fedder, Ralf
Fehmer, Alexandra
Fleige-Völker, Josefa
Förster, Richard
Gövert, Hermann-Josef
Hemker, Leo
Kreutzfeldt, Brigitte
Kreutzfeldt, Klaus-Peter Fraktionsvorsitzender SPD
Lembeck, Guido
Lethmate, Frederik Maximilian
Mensing, Hartwig Fraktionsvorsitzender WIR anwesend ab TOP 6
Rahsing, Ewald
Reints, Hermann
Schubert, Franz anwesend ab TOP 2
Schulze Baek, Franz-Josef
Söller, Hubertus
Steindorf, Ralf Fraktionsvorsitzender CDU
Tendahl, Ludgerus
Weber, Winfried Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen
Wigger, Bernhard

Von der Verwaltung

Roters, Dorothea Allgemeine Vertreterin
Brodkorb, Anne Fachbereichsleiterin
Völker, Manuela Schriftführerin

Es fehlt entschuldigt:

Das Ratsmitglied

Eilmann, Dirk

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:25 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Gottheil begrüßt die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer, die Vertreterinnen der Verwaltung sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 20. Juni 2017 und dem Nachtrag zur Tagesordnung vom 23.06.2017 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO

2.1 Anbringung von Notfallnummern an öffentlichen Sitzgelegenheiten - Herr Espelkott

Ratsmitglied Espelkott möchte wissen, ob an öffentlichen Plätzen und Bänken Notfallnummern angebracht werden können, die in einem Notfall den Standort mitteilen.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass zuerst noch neue Bänke aufgestellt werden sollen – ggf. auch im Zusammenhang mit der Umsetzung von IKEK-Maßnahmen - und dann für alle Plätze und Bänke solche Nummern angebracht werden.

2.2 Sachstand Auflistung freiwillige Leistungen der Gemeinde Rosendahl - Herr Weber

Ratsmitglied Weber bemerkt, dass noch die Aufstellung über die freiwilligen Leistungen fehle.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass diese Liste von der Kämmerin Nürnberg bereits erstellt sei, diese aber noch abschließend abgestimmt werden müsse und danach verteilt werde.

2.3 Sachstand Umweltbericht - Herr Weber

Ratsmitglied Weber möchte wissen, inwieweit der Ratsbeschluss zur Erstellung eines Umweltberichtes umgesetzt sei.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass derzeit ein Regierungsinspektoranwärter einen Praxisteil seines Vorbereitungsdienstes bei der Gemeinde absolviert und er in dieser Zeit u.a. damit beschäftigt werde, Grundlagen – z.B. eine Themenliste - für einen Umweltbericht zusammenzustellen.

2.4 Sachstand Flächennutzungsplan Windenergiebereichszonen - Herr Branse

Ratsmitglied Branse möchte wissen, wie weit die Änderungen für den Flächennutzungsplan Windenergie seien und ob dafür eine Fristverlängerung beantragt werden könne.

Bürgermeister Gottheil verweist auf den neuen Koalitionsvertrag in NRW und führt aus, dass derzeit keine rechtssichere Aussage möglich sei, da die Rahmenbedingungen noch nicht bekannt seien. Da der Flächennutzungsplan derzeit noch nicht rechtskräftig sei, sei auch keine Frist einzuhalten.

2.5 Sachstand "Sondergebiet Geflügelhaltung Ludgerusweg" im OT Osterwick - Herr Branse

Ratsmitglied Branse teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion aufgelöst und neu gegründet habe und er nunmehr als fraktionsloses Mitglied im Rat vertreten sei. Danach bittet er um Mitteilung, wie der Stand für das Vorhaben „Sondergebiet Geflügelhaltung Ludgerusweg“ sei. .

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass der Landesentwicklungsplan, ähnlich wie der Flächennutzungsplan, bislang eine Umsetzung des Vorhabens unmöglich mache und es von der neuen Landesregierung noch keine konkreten Aussagen zu etwaigen neuen Regelungen gebe. Daher werde auch dieses Vorhaben derzeit nicht aktiv weiterverfolgt.

2.6 Vorlage von Anträgen auf neue Windenergieanlagen - Herr Fedder

Ratsmitglied Fedder möchte wissen, wie sich die Verwaltung bei Anträgen auf neue Windenergieanlagen verhalte.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass derzeit keine neuen Anträge auf Windenergieanlagen vorlägen, sondern nur eine Absichtserklärung mit Blick auf eine Vergrößerung einer Windvorrangzone. Entsprechend der mit den Ratsmitgliedern bzw. Fraktionen getroffenen Absprache werde im Bedarfsfall eine Beteiligung der politischen Gremien, z.B. im Hinblick auf die Erteilung des gemeindlichen Einverständnisses in Bauantragsverfahren, erfolgen.

3 Bericht aus anderen Gremien

3.1 Beirats- und Gesellschafterversammlungen der Münsterlandnetzgesellschaft (MNG) sowie der Münsterlandnetzbeteiligungsgesellschaft (MNBG) - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass am 01.06.2017 die entsprechenden Versammlungen im Sendener Rathaus stattgefunden hätten. Für die Gemeinde Rosendahl hätten Geschäftsführer Kortüm an den Gesellschafter- sowie Ratsmitglied Söller und er an den Beiratssitzungen teilgenommen.

Er ergänzt, dass sämtliche in den lokalen Netzgesellschaften vorberatenen Beschlüsse (insbesondere Jahresabschlüsse 2009 bis 2012 und 2016, Geschäftsbesorgungsverträge) einstimmig bestätigt worden seien.

Den Sitzungen vorgelagert fand für alle Gremienmitglieder zudem gremienübergreifend ein Workshop zur Regulierung statt, so Bürgermeister Gottheil.

3.2 4. Netzwerktreffen KEEN - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass er zusammen mit Herrn Schulz am 09.06.2017 am 4. Netzwerktreffen KEEN in Haltern teilgenommen habe. Schwerpunkt der Veranstaltung sei ein Rückblick der Vertreter der Bode Planungsgesellschaft mit Erläuterungen zum Zwischenstand bei der Energieberatung gewesen. In einer der nächsten Sitzungen des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses werde hierzu berichtet und die weitere Vorgehensweise abgestimmt werden.

3.3 Workshop zum Kreisentwicklungsprozess im Kreishaus Coesfeld - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass er zusammen mit Frau Brodkorb am 26.06.2017 am Workshop zum Kreisentwicklungsprozess im Kreishaus Coesfeld teilgenommen habe. Thematisch sei es darum gegangen, wie nach Ende der Regionale 2016 Zukunftsfragen, zentrale Themenbereiche, offene Projektansätze möglichst interkommunal abgestimmt und damit gemeinsam bearbeitet werden könne. Eine erste Themenübersicht sei erarbeitet worden, die nach Ermittlung von ergänzenden Grundlageninformationen durch das Büro des Landrats in einem Folgetermin weiter konkretisiert werden solle.

3.4 Beiratsversammlung des Sparkassenverbandes - Herr Lembeck

Ratsmitglied Lembeck berichtet über die Beiratsversammlung des Sparkassenverbandes. Auf der Versammlung habe der Präsident der IHK einen Vortrag gehalten. Außerdem sei das neue Sparkassen Programm „Gut für das Münsterland“, ein Spendenportal auf dem Projekte angemeldet werden können und sich Spender melden können, die dann zusammengebracht werden sollen, vorgestellt. Hierzu werde es auch noch Informationen von den Sparkassen geben.

Bürgermeister Gottheil ergänzt hierzu, dass bei Spenden von Privatpersonen bis zu 100,-- € diese von der Sparkasse ggf. verdoppelt werden. Die Gemeinde werde auf dieses Programm auch auf der Internetseite hinweisen.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeine Vertreterin Roters berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Rates vom 18. Mai 2017.

Der Bericht wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

5 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 Gescho

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Rates am 18. Mai 2017 noch nicht vorliege. Daher sei eine Genehmigung der öffentlichen Niederschrift nicht möglich.

6 Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktion vom 22.06.2017 auf Auflösung der Ausschüsse der Gemeinde Rosendahl Vorlage: IX/525

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/525 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Steindorf erläutert die Umstände für den Antrag. Die neugebildete SPD-Fraktion möchte eine neue Besetzung der Ausschüsse durchführen, da ansonsten die Sitzverteilung nicht richtig wiedergegeben werde. Bei dem derzeitigen Stimmrecht seien ansonsten alle Beschlüsse in den Ausschüssen anfechtbar.

Bürgermeister Gottheil erläutert die rechtliche Situation. Das fraktionslose Ratsmitglied Branse sei derzeit für die bisherige SPD-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss und in weiteren politischen Gremien vertreten. Wenn die neue SPD-Fraktion diese Sitze besetzen möchte, müssten zwingend alle Ausschüsse aufgelöst werden. Danach erfolge formal ein komplettes neues Ausschussbesetzungsverfahren. Bei einem Beschluss zur Auflösung der Ausschüsse in dieser Ratssitzung mit Wirkung zum 13.07.2017 könnten in der Ratssitzung am 13. Juli 2017 die neuen Ausschüsse gebildet werden. Es sei auch möglich, für die Ausschüsse eine zwischen den Fraktionen abgestimmte Einheitsliste (sog. Einheitlicher Wahlvorschlag) einzureichen. Er weist darauf hin, dass er persönlich bei der Ausschussneubesetzung nicht mitabstimmen dürfe.

Ratsmitglied Kreuzfeldt erklärt, dass es nicht möglich gewesen sei, die alte SPD-Fraktion aufrechtzuerhalten, er aber gerne einvernehmlich die neuen Ausschüsse besetzen möchte.

Ratsmitglied Branse erklärt, dass die Auflösung der Ausschüsse vor allem Folgen für die sachkundigen Bürger habe. Rein rechtlich sei der Rat verpflichtet, die Ausschüsse aufzulösen. Er möchte wissen, ob nicht in der heutigen Sitzung eine Absichtserklärung für die Auflösung ausreiche, damit in der nächsten Ratssitzung die Auflösung und gleichzeitig die Neubesetzung der Ausschüsse erfolgen könne. Er bittet darum, dass auch weiterhin sachkundige Bürger bei der Besetzung berücksichtigt werden.

Ratsmitglied Weber teilt mit, dass er an dem interfraktionellen Gespräch nicht teilgenommen habe, ansonsten aber den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion ebenfalls unterschrieben hätte.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass die Beschlussfassung über die Auflösung der Ausschüsse richtig und auch wichtig sei, damit in der nächsten Ratssitzung am 13. Juli 2017 die neuen Ausschüsse gebildet werden können und für die nächsten Ausschusssitzungen nach den Sommerferien auch die neuen Ausschussmitglieder rechtssicher eingeladen werden können. Abschließend appelliert er noch einmal an die Fraktionen, sich doch noch auf eine Einheitsliste zu einigen. Diese sollte möglichst bis Montag, 03. Juli .2017, mit den Namen der neuen Ausschussmitglieder und stellvertretender Mitgliedervorliegen, damit die Sitzungsvorlage im besten Fall bereits am Dienstag, 04. Juli 2017, zusammen mit der Einladung verschickt werden könne.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Dem gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion auf Auflösung der Ausschüsse zum 13. Juli 2017 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

**7 Aufstellung des Bebauungsplanes "Am Schlee" im Ortsteil Holtwick
Prüfung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: IX/499**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/499 und gibt Erläuterungen.

Fachbereichsleiterin Brodkorb erläutert, dass der Erschließungsvertrag mit der Kanal- und Baustraßenplanung, der Verkehrsanbindung, dem Regenrückhaltebecken und den Ausgleichsmaßnahmen in unterzeichneter Form vorliege.

Ratsmitglied Branse möchte wissen, ob es für die unterschiedlichen Kosten eine Vereinbarung mit den privaten Grundstückseigentümern bzw. Investoren gebe, dass diese freiwillig die Kosten tragen.

Fachbereichsleiterin Brodkorb erklärt, dass es sich hier um keinen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt und noch keine Verträge geschlossen seien. Bislang seien die Investoren für alle Kosten in Vorleistung getreten und der Gemeinde noch keine Kosten entstanden.

Die Ergänzung um die Beschreibung der Ausgleichsmaßnahmen ist in der Anlage beigefügt.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Die der Sitzungsvorlage Nr. IX/499 in Anlage I bis IX beigefügten Beschlüsse werden bestätigt.

Den in Anlage X bis XII beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage XIII aufgeführten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken vorgetragen haben.

Der in Anlage XV zur Sitzungsvorlage Nr. IX/499 beigefügte Bebauungsplanentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Schlee“ im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8 Projektbezogenes Förderprogramm für Rosendahler Vereine und Verbände **Vorlage: IX/517**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage IX/517 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Steindorf erläutert kurz den Grund für die Erstellung der Förderrichtlinien. Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes seien die freiwilligen Zuschüsse an die Rosendahler Vereine und Verbände um die Hälfte gekürzt worden. Nach Verlassen des Haushaltssicherungskonzeptes sei es nach Auffassung der CDU-Fraktion nunmehr an der Zeit, diese Kürzungen wieder zurückzunehmen. Statt jedoch nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren und allen Vereinen und Verbänden Mittel in ursprünglicher Höhe zukommen zu lassen, halte es die CDU für sinnvoller, projektbezogen zu fördern. Hierzu seien 10.000 € als Platzhalter in den Haushalt 2017 bei den Produkten 16 und 21 eingestellt worden. Zur Vergabe der Zuschüsse sei nunmehr ein Kriterienkatalog erstellt worden, der in der Sitzung zur Diskussion gestellt werde. Anschließend stellt er einige noch seitens seiner Fraktion erarbeitete Formulierungsänderungen vor.

In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass ihm seitens der stv. Schulleitung der Holtwicker Grundschule signalisiert worden sei, dass ein gewisser Förderbedarf auch bei der Schulbücherei in der Grundschule Holtwick vorhanden sei. Ein entsprechender Antrag sei zu den Haushaltsberatungen zu erwarten und werde von der CDU auf jeden Fall unterstützt.

Ratsmitglied Weber bezweifelt die Notwendigkeit eines Förderprogramms, da die in der Vergangenheit praktizierte Zuschussregelung auch ohne ein Förderprogramm funktioniert habe. Er halte diese Vorgehensweise für unnötig, bürokratisch. Im Übrigen produziere sie in der Verwaltung nur Mehraufwand. Daher werde dieses Programm von seiner Fraktion abgelehnt. Anschließend führt er mehrere Punkte an, die seines Erachtens gegen die Förderrichtlinien sprächen, so unter anderem die Frage der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit, die Bewertung des Gemeinwohls und der Nachhaltigkeit, was ein Kleinprojekt sei, die Größe des Fördertopfes, die Einmaligkeit der Förderung, die Zeitschiene, die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses, die Bedingungen eines Vorstandsbeschlusses sowie den Rechtswegverzicht.

Ratsmitglied Fedder weist seitens der WIR-Fraktion auf einen Widerspruch von Punkt 5 (dreijährige Fördersperre) zu Punkt 10 (jedes Projekt nur einmal förderfähig) der Förderrichtlinien hin.

Ratsmitglied Kreuzfeldt schlägt für die SPD-Fraktion bei einigen Punkten des Programms Veränderungen vor. Es solle eine Doppelförderung ausgeschlossen werden, indem nicht nur die Einrichtungen der Gemeinde, sondern auch deren Fördervereine von der Förderung ausgeschlossen werden. Statt der Bezeichnung „Kleinprojekte“ könne man den Begriff „Projekte“ wählen. Die Höhe der Förderung solle immer auf 1.000 € begrenzt werden und der Zusatz „in der Regel“ entfallen. Anstelle eines Vorstandsbeschlusses dürfe seines Erachtens der Beschluss der Vertretung der jeweiligen Organisation ausreichen.

Ratsmitglied Eimers betont die Wichtigkeit, ein Förderprogramm einzuführen. Eine verlässliche Struktur der Förderung sei für die betroffenen Vereine und Verbände wichtig und längst überfällig.

Ratsmitglied Branse weist ebenfalls darauf hin, dass ein Vorstandsbeschluss für den Antrag nicht ausreiche. Er befürwortet grundsätzlich, dass Zuschüsse schriftlich beantragt und begründet werden sollen. Auf diesem Wege müsse sich jeder Antragsteller Gedanken machen, was er will. Er schlage ebenfalls vor, auf die Formulierung auf Ausschluss des Rechtsweges zu verzichten. Auch könne statt eines Antragszeitraumes ein Stichtag bestimmt werden.

Ratsmitglied Lethmate erinnert daran, dass das vorgelegte Programm nur ein Entwurf sei, über dessen Einzelheiten diskutiert werden könne. Förderrichtlinien seien jedoch hilfreich für die Vereine und Verbände, da sie sich daran verbindlich orientieren können. Die Summe von 10.000 € entspreche in etwa dem Einsparpotenzial im damaligen Haushaltssicherungskonzept. Der Betrag könne gegebenenfalls später genauer beziffert werden, wenn erste Erfahrungen vorlägen.

Fraktionsvorsitzender Weber stellt den Antrag auf weitere Beratung im Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss.

Ratsmitglied Fehmer stellt den Antrag auf Beendigung der Aussprache.

Bürgermeister Gottheil lässt zunächst über den Antrag von Ratsmitglied Weber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen

Antrag abgelehnt.

Bürgermeister Gottheil lässt sodann über den Antrag von Ratsmitglied Fehmer abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

Antrag angenommen.

Ratsmitglied Steindorf bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung. Dieser Vorschlag wird von den Ratsmitgliedern zustimmend angenommen.

Sitzungsunterbrechung von 20.30 Uhr bis 20.45 Uhr

Nach der Sitzungsunterbrechung schlägt Ratsmitglied Lethmate vor, die vorgelegten Förderrichtlinien in folgenden Punkten zu modifizieren:

- Punkt (1) Aufnahme der Formulierung „sowie deren Fördervereine“ und Umformulierung in „Organisationen, die vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurden“
- Punkt (2) „Projekte“ statt „Kleinprojekte“
- Punkt (3) Anstelle der Nennung der Gesamtsumme wird die Formulierung aufgenommen „wird mit einem Haushaltsansatz gebildet“.
- Punkt (4) Streichen von „in der Regel“
- Punkt (5) Ersatzlos gestrichen
- Punkt (6) Statt Zeitraum wird Stichtag 01.10. eines Jahres gewählt
- Punkt (7) Entscheidungsgremium = HFA
- Punkt (8) Statt „Vorstandsbeschluss“ soll es lauten „Beschluss der Vertretung der jeweiligen Organisation“.

- Punkt (10) Ersatzlos gestrichen
- Punkt (11) Streichen des Rechtswegeverzichts
- Punkt (13) (neu) „Die Auswirkungen und die Effizienz dieser Förderrichtlinien sollen 12 Monate nach Inkrafttreten erneut beurteilt werden. Das Förderprogramm soll hierzu dem HFA erneut vorgelegt werden.“

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Dem als Anlage I beigefügten Förderprogramm mit den Förderrichtlinien wird zugestimmt und die Anwendung erstmals für das Haushaltsjahr 2017 bestimmt.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen

9 Mitteilungen

9.1 Projekt "Radbahn Münsterland" - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass zur verbesserten Anbindung an die „Radbahn Münsterland“ der Ausbau von Fahrradstraßen auf Rosendahler Gemeindegebiet erfolgen solle.

Er ergänzt, dass mit Bescheid vom 31. Mai 2017 die Bezirksregierung Münster eine Zuwendung in Höhe von 70 v.H. der kalkulierten Ausbaurkosten von 40.000 €, damit also 28.000 € bewilligt habe. Die Mittelbereitstellung erfolge danach in 2017 in Höhe von 22.400 €. Die Restsumme von 5.600 € solle in 2018 ausgezahlt werden, so Bürgermeister Gottheil.

9.2 Projekt „Demokraten für den Frieden“ - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass kreisweit im Zusammenhang mit dem Reformationsjahr (01. Oktober bis 19. November 2017) sowie dem Katholikentag (30. April 2018 bis 15. Mai 2018) ein Projekt „Demokraten für den Frieden“ durchgeführt werde. Angedacht sei, dass interessierte Personen sich fotografieren lassen und im Außenraum auf ca. 50 bis 70 Bannern, verteilt auf die 11 kreisangehörigen Kommunen, ein Statement abgeben. Details werden in einer Arbeitsgruppe auf Kreisebene geklärt. Alle Kommunen, so auch Rosendahl, beteiligen sich. Kürzlich sei zur Gewinnung entsprechender Personen in Rosendahl seitens der Verwaltung ein Schreiben an Vereine, Verbände, Kirchengemeinden herausgegangen.

Die Resonanz hierauf werde abgewartet. Das Schreiben solle auch zur Kenntnis an die Ratsmitglieder versandt werden, so Bürgermeister Gottheil.

10 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

gez. Gottheil

Gottheil
Bürgermeister

gez. Völker

Manuela Völker
Schriftführerin